




Vorsorgemaßnahmen auf kommunaler Ebene

## Bauleitplanerische und städtebauliche Vorsorgemaßnahmen





Karlsruhe, 11.02.2014 – Dipl.-Ing. Frau Sabine David



Einführung - Ziele


**Bauleitplanung ist das wichtigste Planungsinstrument der städtebaulichen Entwicklung auf kommunaler Ebene**

**Ziele:**

- Schlüsselrolle zur Minderung des Überflutungsrisikos d. h. es sind Handlungsinstrumente im Rahmen der Planung vorzuhalten, die von vornherein darauf abzielen, dem Starkregen entgegenzuwirken
- Entwicklung von Bauleitplänen muss als Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden  
- Einbindung aller beteiligten kommunalen Akteure
- Verhinderung von kostenaufwändigen und wirkungsvollen Schutzmaßnahmen im nachhinein (spätere Umsetzung im Bestand)


**Frage:**


Inwieweit sind Sie vom Starkregen oder von Überflutungen betroffen?



Karlsruhe, 11.02.2014 – Dipl.-Ing. Frau Sabine David


Flächennutzungsplan






**Inhalte**


- städtebauliche Entwicklung (Bodennutzung)
- Hochwasserschutz ist nur allgemein geregelt
- Regelungen sind nur über Flächendarstellung möglich



Karlsruhe, 11.02.2014 – Dipl.-Ing. Frau Sabine David

Flächennutzungsplan





**Empfehlung**

Gefährdungs- und Risikoanalysen auswerten und einbeziehen


- Topographie
- Fließwege

Restriktionen ableiten und Ergebnisse in die Darstellungen des FNP einarbeiten

Berücksichtigung des Belanges Überflutungsvorsorge im weiteren Entwurfsprozess gewährleistet!


**Stolpersteine**


Politische Überzeugungsarbeit erforderlich - Überflutungsschutz ist zum Wohl der Allgemeinheit (Leib und Leben) in Zeiten des Klimawandels zur Eigenvorsorge der Kommune notwendig.



Karlsruhe, 11.02.2014 – Dipl.-Ing. Frau Sabine David

## Bebauungsplanung





**Inhalte**


Rechtsverbindliche Regelung der Möglichkeiten und Grenzen der Grundstücksnutzung für jeden Einzelnen:

- überbaubare Flächen
- nicht bebaubare Bereiche
- Erschließungsflächen
- Flächen, die mit Einschränkungen belegt sind

**Empfehlung**


frühzeitig wasserwirtschaftliche Aspekte in der Planung berücksichtigen:


- Topographie JG2
- Gewässerläufe
- Fließwege



Karlsruhe, 11.02.2014 – Dipl.-Ing. Frau Sabine David

## Bebauungsplanung






**Umsetzung**

Ergebnisse und Schlussfolgerungen der o. g. Arbeitsschritte müssen in den städtebaulichen Entwurf integriert werden

- Festsetzungen, die einer flächensparenden Bauleitplanung dienen
- Flächen, die von Bebauung freizuhalten sind (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)
- Flächen für die .... Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)
- Flächen für die Wasserwirtschaft, für Hochwasserschutzanlagen und für die Regelung des Wasserabflusses (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 bis 26 BauGB)


**Stolpersteine**


- Katalog der Festsetzungsmöglichkeiten nach dem Baugesetzbuch (BauGB) nicht ausreichend



Karlsruhe, 11.02.2014 – Dipl.-Ing. Frau Sabine David


Bebauungsplanung - Beispiele






**Beispiel Notwasserweg:**


Ermittlung und Festsetzung von Flächen, auf denen im Überflutungsfall das Oberflächenwasser schadlos aus einem Siedlungsgebiet abgeleitet werden kann



Karlsruhe, 11.02.2014 – Dipl.-Ing. Frau Sabine David

Bebauungsplanung - Beispiele







**Schutz der Bau- und der Nachbargrundstücke:**

Im folgenden Beispiel wurden für den Übergang der „neu geschaffenen“ Baugrundstücke zu den bereits bestehenden Gärten folgende Hinweise aufgenommen:

- Anlegen einer Verwallung
- Graben zur Ableitung des anfallenden Regenwassers
- Vertragliche Regelung erforderlich



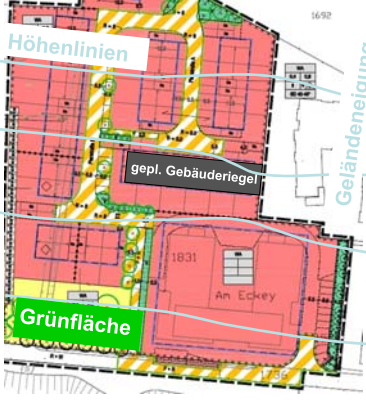
Karlsruhe, 11.02.2014 – Dipl.-Ing. Frau Sabine David



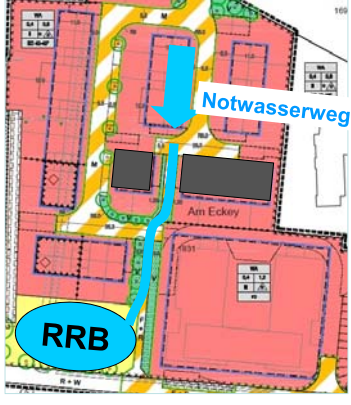
Bebauungsplanung - Beispiele

**Bebauungsplanaufstellung unter Berücksichtigung der Aspekte des Überflutungsschutzes**


**Erster Entwurf**



**Überarbeiteter Entwurf**




Karlsruhe, 11.02.2014 – Dipl.-Ing. Frau Sabine David



Vorsorgemaßnahmen auf kommunaler Ebene


**Interdisziplinäre Zusammenarbeit aller Fachsparten führt zu optimalen Ergebnissen**




Alle spielen  
- auf dem gleichen  
Spielfeld  
- mit und nicht um  
einen Ball

Karlsruhe, 11.02.2014 – Dipl.-Ing. Frau Sabine David

Leitfragen als Orientierungshilfe




- *Wird dem Aspekt der Überflutungsvorsorge in der örtlichen Raum- und Stadtplanung ein hinreichender Stellenwert eingeräumt?*
- *Wie lässt sich das Leitbild einer wassersensiblen und klimagerechten Stadtentwicklung in der Kommune etablieren und umsetzen?*
- *Wird bei der Bauleitplanung der baurechtliche Gestaltungsrahmen in Bezug auf die Überflutungsvorsorge voll ausgeschöpft?*
- *Mit welchen Festsetzungen kann in aktuellen Bauleitplanungen die Überflutungsgefährdung oder das Schadenspotenzial verringert werden?*
- *In welchen Bestandsgebieten sollte der Bebauungsplan bei nächster Gelegenheit um die Belange der Überflutungsvorsorge erweitert werden? Welche Alternativen gibt es hierzu?*




---


Karlsruhe, 11.02.2014 – Dipl.-Ing. Frau Sabine David

Vorsorgemaßnahmen auf kommunaler Ebene



## Ausblick

- ➔ Klimawandel und gesetzliche Aufträge zwingen die Stadtplanung, sich verstärkt mit der Anpassung an extreme Regenereignisse auseinanderzusetzen; daraus folgt ....
- ➔ die Anforderungen einer nachhaltigen Stadtplanung sind um das Planungskriterium „Ableitung von Niederschlag bei extremen Niederschlagsereignissen“ zu erweitern
- ➔ Thema Überflutung in der Planungsphase zu bearbeiten weist ein besseres Aufwand-Nutzen-Verhältnis auf, als die Problembewältigung im Bestand.
- ➔ Leitfaden „Starkregen und Überflutungsschutz“ von DWA und BWK stellt die hier skizzierten Themen eingehend dar und sollte zukünftig als weiteres „Planungskriterium“ Eingang in die tägliche Arbeit der Planer finden.....
- ➔ so entstehen auch Chancen und Spielräume für eine wassersensible Stadtgestaltung
- ➔ Die tägliche Arbeit hat gezeigt, dass der Katalog des § 9 BauGB nicht immer geeignet ist, die Anforderungen, die sich aus einem ausreichenden und gesetzlich geforderten Überflutungsschutz ergeben, wirksam in einen BPlan zu übernehmen. Hier ist eine Anpassung des BauGB erforderlich.




---

Karlsruhe, 11.02.2014 – Dipl.-Ing. Frau Sabine David

Vorsorgemaßnahmen auf kommunaler Ebene



**Vielen Dank  
für Ihre  
Aufmerksamkeit!**



Karlsruhe, 11.02.2014 – Dipl.-Ing. Frau Sabine David